

Oktober 2020

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Strategische Autonomie im Übungsmodus

Sondergipfel des Europäischen Rates am 1. und 2. Oktober 2020

Dr. Hardy Ostry, Sophia Pena Pereira, Kai Gläser, Ludger Bruckwilder

Beim ersten EU-Gipfel nach der politischen Sommerpause standen zwei Themenbereiche im Mittelpunkt: Außenpolitik und der Binnenmarkt. Im Gasstreit mit der Türkei sicherten die Staats- und Regierungschefs Zypern und Griechenland volle Unterstützung zu und riefen Ankara zur Einstellung der Provokationen auf. Mit Blick auf Belarus einigte sich das Gremium auf eine Liste von 40 Regierungsvertretern und Beamten, denen die Visumsvergabe künftig verwehrt wird. Zudem wurde beschlossen, die Integrität des Binnenmarkts zu stärken und das Tempo bei der Digitalisierung der Union zu erhöhen.

Obwohl es sich bei dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs offiziell um einen Sondergipfel handelte, war vieles an diesem Treffen so normal wie lange nicht. Zum einen handelte es sich trotz steigender Infektionszahlen in den meisten Mitgliedsstaaten nicht um eine Videokonferenz, so wie es sie Anfang des Jahres in der ersten Phase der Corona-Pandemie mehrfach gegeben hatte. Zum anderen gab es eine Agenda, auf der kein außergewöhnliches Investitionspaket zur Bewältigung der Pandemie stand, wie der Rat es zuletzt bei seiner mehrere Tage dauernden Mammut Sitzung im Juli erlebt hatte. Zwar war das aktuelle Treffen um eine Woche verschoben worden, da Ratspräsident Charles Michel sich nach einem Corona-Risikokontakt in Quarantäne begeben hatte, und Journalisten waren entgegen der eigentlichen Gipfelpraxis auch weiterhin nicht im Ratsgebäude anwesend, dennoch war der Ratsgipfel mit Beginn am Donnerstagmittag und Ende am Freitagnachmittag fast schon ungewohnt routiniert. Im Kreis der Staats- und Regierungschefs zum ersten Mal mit von der Partie war Belgiens frisch gebackener Premierminister Alexander De Croo, der pünktlich zum Gipfel im Amt vereidigt worden war. Thematisch war die Agenda zweigeteilt: Der erste Tag war für die Vielzahl von

außenpolitischen Themen vorgesehen, der zweite Tag für die Themen Binnenmarkt, Industriepolitik und Digitalisierung.

Außenpolitik

Hintergrund

Lange hatte es keinen EU-Gipfel mehr gegeben, der sich mit außenpolitischen Themen an so vielen Fronten konfrontiert sah. In einem bereits lang schwelenden Konflikt war es im Mittelmeer zuletzt zu einer besorgniserregenden Zuspitzung gekommen: Die EU-Mitgliedsstaaten Zypern und Griechenland befinden sich in einem Streit mit der Türkei, in welchem es um die Erschließung von Gasfeldern geht. Der sogenannte Gasstreit entzündet sich an Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer, die vor etwa zehn Jahren entdeckt worden waren. Die Türkei erhebt seither Ansprüche auf die Bodenschätze, da sie vor der türkischen Küste liegen. Allerdings befinden sich in diesem Gebiet auch einige griechische Inseln, sowie die Insel Zypern, die de facto geteilt ist in das unabhängige EU-Mitglied Republik Zypern und einen unter türkischer Kontrolle stehenden Norden. Trotz einer ungeklärten Situation, in der nicht klar ist, wer und in welchem Ausmaß das Gas fördern könnte und dürfte, hat die Türkei im Sommer Probebohrungen mit einem Forschungsschiff vorgenommen. Begleitet wurde dieses Forschungsschiff zudem von Schiffen der türkischen Marine. Ein Fakt, der in der konfliktbehafteten Lage von Griechenland und Zypern als gefährliche Provokation eingestuft worden war. Sowohl Griechenland als auch Zypern forderten zuletzt einen härteren Kurs gegenüber der Türkei sowie deren Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und forderten explizit Sanktionen der EU.

Das Verhältnis der gesamten EU zur Türkei ist seit jeher kompliziert und hatte sich in den vergangenen

Jahren mehr und mehr problematisch entwickelt. Neben dem nun hochgekochten Gasstreit sind auch die zunehmende Autokratisierung im Innern durch Präsident Erdoğan, die Lage an der türkisch-syrischen Grenze sowie die Schlüsselrolle der Türkei als Migrationsroute zur Belastungsprobe im Verhältnis der Europäischen Union zur Türkei geworden. Im Mittelmeer versucht Ankara zunehmend, eine Vormachtstellung zu erlangen, wenn es um Ressourcen geht. Nicht nur die Gasfelder im östlichen Mittelmeer, die ganz offensichtlich Gegenstand türkischen Interesses sind, spielen hierbei eine Rolle. Das Engagement Ankaras in Libyen, wo es lukrative Öl- und Gasvorkommen gibt, ist ebenso im Lichte dieser Entwicklung zu betrachten. Auch durch die obengenannte Rolle als Konfliktpartei ist die EU-Perspektive des Landes mittlerweile in weite Ferne gerückt, wenngleich eine Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei im Interesse beider Seiten liegt.

Das zweite große außenpolitische Thema des Gipfels war die Lage in Belarus. Dort hatte es im August Präsidentschaftswahlen gegeben, die von massiven Fälschungsvorwürfen begleitet wurden. Nach offiziellen, staatlichen Angaben wurde Amtsinhaber Alexander Lukaschenka mit 80 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Dieses Ergebnis wird international, insbesondere von der EU nicht anerkannt. Seit der Wahl gibt es landesweite Proteste und Streiks mit der Forderung nach Neuwahlen. Das belarussische Regime begegnet den Protesten immer wieder mit brutaler Repression, lässt Regimegegner massenweise festnehmen und macht ausländische Kräfte für die Proteste verantwortlich. Innerhalb der EU gab es zuletzt aus verschiedenen Richtungen immer lauter werdende Forderungen nach Sanktionen der EU gegen Belarus, sodass auch dieses Thema unausweichlich auf der Agenda der Staats- und Regierungschefs stand.

Ein weiteres außenpolitisches Thema des Gipfels war das Verhältnis der EU zu China. Dieses Thema hätte ein absoluter Schwerpunkt der Deutschen Ratspräsidentschaft werden sollen, wurde allerdings von der Corona-Pandemie und all ihren Folgen etwas in den Hintergrund gerückt. So konnte der für September geplante große China-Gipfel in Leipzig leider nicht stattfinden und musste durch ein reduziertes Videoformat, welches am 14. September stattfand, ersetzt werden. An diesem virtuellen Treffen mit Chinas Staatspräsident Xi Jinping hatten Angela Merkel, Charles Michel und Ursula von der Leyen teilgenommen. Auf dem Ratsgipfel sollten nun die Ergebnisse der Videokonferenz diskutiert werden, um gemeinsame Positionen zu den wichtigsten Themen im EU-China-Verhältnis zu definieren.

Weitere außenpolitische Themen waren aus aktuellem Anlass die Lage im Bergkarabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, in dem es jüngst zu einer militärischen Eskalation gekommen war, sowie die Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Juli einem Mordversuch durch den Einsatz von Nervengift zum Opfer gefallen war.

Entwicklung

Hinsichtlich der Türkei war die Lage während des Ratsgipfels zunächst vertrackt. Einerseits stand hier die Forderung nach einem harten Vorgehen im Raum, und insbesondere Zypern und Griechenland forderten EU-Sanktionen. Auch Österreichs Bundeskanzler Kurz reklamierte zu Gipfelbeginn ein hartes Vorgehen gegenüber der Türkei. Er sprach davon, rote Linien zu definieren, und schloss Sanktionen nicht aus. Andererseits trat Angela Merkel eingangs des Gipfels sehr diplomatisch vorsichtig auf und betonte, dass das Verhältnis der EU zur Türkei komplex sei und man ein hohes Interesse habe, bei allen Schwierigkeiten ein konstruktives Verhältnis zu entwickeln. „Für mich spielt Diplomatie eine herausragende Rolle“, so die Bundeskanzlerin. Gleichzeitig knüpfte Zypern seine Zustimmung zu möglichen Sanktionen gegenüber Belarus an Sanktionen gegenüber der Türkei. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte kommentierte hierzu, es gelte, die Verquickung solcher Themen zu überwinden.

Ratspräsident Charles Michel überraschte zu Beginn des Ratsgipfels mit dem Vorschlag, die Tagesordnung kurzfristig anzupassen und mit der Diskussion in der Türkei-Frage zu starten. Ein ungewöhnliches, wenngleich sinnvolles und vermutlich strategisch geplantes Vorgehen. Mit dieser Anpassung der Agenda nahm man sich gleich der schwierigsten Problematik an. Nur durch Fortschritte in der Diskussion bei diesem Thema ließen sich auch Fortschritte bei weiteren Themen erzielen. Ein weiteres ungewöhnliches Vorgehen war, dass die Rednerreihenfolge der Staats- und Regierungschefs im durchgeführten Plenarformat bei dieser ersten Diskussion zum Thema Türkei abgeändert wurde. In der Regel eröffnet der Vertreter der aktuellen Ratspräsidentschaft, derzeit Bundeskanzlerin Merkel, anschließend folgen alle Staats- und Regierungschefs der Reihenfolge des Ratspräsidentschaftsturnus' folgend. Bei der Türkei-Diskussion entschied man sich jedoch, Zypern und Griechenland als erstes das Wort nach Angela Merkel zu erteilen, was als Zeichen verstanden werden kann, dass man beiden Mitgliedern in ihrer Lage Priorität und großes Gehör schenkt. Sicherlich war dies zudem ein Versuch insbesondere Zypern, von einem Abrücken von seiner Position zu überzeugen, Sanktionen gegenüber Belarus mit möglichen Sanktionen gegenüber der Türkei als Bedingung zu verbinden.

Merkel und viele weitere Gipfelteilnehmer berichteten später von zähen und schwierigen Gesprächen. Klar ist, dass die Gesprächsthemen nicht geordnet nacheinander abgearbeitet werden konnten. Hierfür bestanden zu viele Verknüpfungen. Die Türkeifrage wurde mit der Frage nach Sanktionen für Belarus verknüpft. Die Causa Belarus ist untrennbar mit Russland verbunden. Mit Blick auf Russland wiederum ist derzeit die Rolle bei der Vergiftung von Alexej Nawalny genauso wenig wegzudiskutieren wie die Rolle im Bergkarabach-Konflikt. Einzig das Verhältnis zu China, welches ebenfalls am ersten Gipfeltag diskutiert wurde, war nicht unmittelbar mit allen anderen Themen verwoben.

Trotz der Schwierigkeiten gelang es dem Rat, sich am Ende des ersten Gipfeltages bei allen Themen auf geschlossene Positionen zu einigen. Zur Türkei ist die Ratsposition auf die Formel Zuckerbrot und Peitsche herunter zu brechen. Zwar wurden keine Sanktionen beschlossen, aber es bleibt für die EU ultima ratio, im Fall der Fälle „alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente und Optionen [zu] nutzen, [...] um ihre Interessen und die Interessen ihrer Mitgliedstaaten zu verteidigen“. Gleichzeitig reicht man Erdoğan die Hand, indem man ein Augenmerk auf die Modernisierung der Zollunion und auf Handelserleichterungen legen möchte und bei Migrationsfragen eine stärkere Kooperation auf Basis des EU-Türkei-Abkommens von 2016 anstrebt. Außerdem ruft der Rat dazu auf, ein Multilaterale Konferenz über den östlichen Mittelmeerraum zu veranstalten.

Als Reaktion auf die gefälschten und damit illegitimen Präsidentschaftswahlen formulierte der Europäische Rat eine scharfe Verurteilung der inakzeptablen Gewalt und unterstützt den Wunsch nach unabhängigen und fairen Neuwahlen. Man einigte sich zudem auf Sanktionen. 40 Regierungsvertretern und Beamten werden künftig die Visumsvergabe verwehrt. Für viele überraschend zählt zu dieser Liste nicht Präsident Lukaschenka. Der Rat ermutigt in seinen Schlussfolgerungen zudem die Kommission, einen umfassenden Plan zur wirtschaftlichen Unterstützung eines demokratischen Belarus auszuarbeiten.

Mit Blick auf China unterstrichen die Gipfelteilnehmer, dass es seitens der EU das Ziel bleiben müsse, möglichst bald ein umfassendes Investitionsabkommen zu schließen. Bei Marktzugängen und Wettbewerbsbedingungen müssen Asymmetrien abgebaut werden. China wird dazu ermutigt mehr Verantwortung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zu übernehmen, wie beispielsweise der Coronapandemie aber vor allem dem Klimaschutz. Nicht unerwähnt blieb die Sorge hinsichtlich der Menschenrechtslage in Hongkong und beim Umgang mit Minderheiten in China.

Der Konflikt in Bergkarabach wurde ebenfalls in den Schlussfolgerungen des Rates erwähnt. Man ruft dazu auf, die Feindseligkeiten einzustellen und einen Waffenstillstand zu erreichen. Der Konflikt sei nur durch Verhandlungen zu lösen, die beide Konfliktparteien aufnehmen müssten. Der Hohe Vertreter Josep Borrell wird dazu aufgerufen, den Prozess der Konfliktbeilegung zu unterstützen. Ähnlich diplomatische Worte wählte man auch mit Bezug zu Alexej Nawalny. Der Mordversuch an ihm wird verurteilt und man ruft Russland dazu auf, in Zusammenarbeit mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCS) eine unabhängige Untersuchung zu gewährleisten.

Kommentar

Häufig werden außenpolitische Themen bei Gipfeltreffen des Europäischen Rats lediglich als Randthemen unter ferner liefen behandelt. In dieser Hinsicht war der jetzige Ratsgipfel eine große Ausnahme und könnte gar als ein Fortschritt betrachtet werden, zieht man die immer wieder formulierte Ambition in Betracht, dass die EU an außenpolitischem Gewicht gewinnen solle. Letztlich eindeutig und sehr zu begrüßen sind die Gipfelbeschlüsse zu Belarus. Die gefälschte Wahl und die Ereignisse im Land, die diese nach sich zog, sind aus Sicht der EU nicht hinnehmbar. Es ist gut, dass man nach einer vielleicht etwas zu langen Phase des Beobachtens nun ein klares Signal gesendet hat. Zwar ist es verständlich, dass man dem Narrativ des belarussischen Diktators Lukaschenka keinen Vorschub leisten möchte, dass die Proteste von äußeren Akteuren beeinflusst würden. Dennoch hätte dieses Signal durch Sanktionen gegen das Regime durchaus schon früher gesendet werden können. Die Tatsache, dass Lukaschenka selbst nicht Teil der Sanktionsliste ist, mag überraschen. Die Kritik daran ist aber nur in Teilen nachvollziehbar. Nur mit dem Machthaber ist aktuell ein Weg in Richtung Neuwahlen denkbar. Um sich diesen Weg nicht vor schnell zu verbauen, ist aktuell verständlich, ihn persönlich bei den Sanktionen außen vor zu lassen. Zudem hält dieser Weg den Handlungsspielraum offen, künftig, bei einer geänderten Lage die Sanktionen nochmals zu verschärfen.

Auch was die Gipfelbeschlüsse hinsichtlich der Türkei betreffen, haben die Staats- und Regierungschefs einen ausgeglichenen Weg gewählt – auch dieser diplomatisch ausgeglichene Weg ist ein wichtiges Signal, welches von diesem Gipfel ausgeht. Sicherlich hat die Türkei zuletzt viel Anlass gegeben, die eine scharfe Reaktion rechtfertigen. Aber ganz im Sinne der Kanzlerin hat letztlich die Überzeugung überwogen, dass man die Türkei gesamtstrategisch betrachten muss. Ohne das Vorgehen der Türkei bezüglich der Gasfelder im Mittelmeer zu rechtfertigen, so muss man doch akzeptieren, dass die Türkei hierbei berechtigte

Interessen hat. Insofern ist es richtig, dass man ein Drohpotential seitens der EU aufbaut, aber gleichzeitig in anderen Bereichen die Hand reicht. Es bleibt zu hoffen, dass Präsident Erdogan diese ergreift. Die von der EU geforderte multilaterale Konferenz könnte ein geeigneter Rahmen sein, in diesem Konflikt, der zweifelsohne das Potential hat, große Tragweite anzunehmen, Positionen in Einklang zu bringen.

Die übrigen Gipfelthemen brachten, was die Schlussfolgerungen anbetrifft die zu erwartenden Verurteilungen, Aufforderungen und Beabsichtigungen, wie sie in Abschlussdokumenten von Gipfeln üblich sind. Dennoch darf mit Blick auf diesen Ratgipfel die Tatsache als bemerkenswert betrachtet werden, dass überhaupt ein solches Augenmerk auf Außenpolitik gelegt wurde. Nach oftmaligen Bekundungen, die EU auch zu einem außenpolitisch relevanten Akteur machen zu wollen, folgen nun weitere konkrete Schritte, und dem Europäischen Rat gelingt es, eine Reihe von wichtigen Signalen zu senden.

Binnenmarkt, Industriepolitik und Digitalisierung

Hintergrund

Am zweiten Tag des Gipfels, an dem der Fokus auf dem „inneren Kern“ der EU lag, standen die Themen Binnenmarkt, Industriepolitik und Digitalisierung auf der Agenda.

Ziel ist es, die europäische Industrie global wettbewerbsfähiger, autonomer und resilienter zu gestalten. Die wettbewerbsfähige wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union steht dabei im Zeichen grüner und digitaler Transformationsprozesse. Die europäische Industrie soll in diesem Zusammenhang Teil des Wandels und der Lösung sein, Europas Wachstum und Wohlstand zu stärken und vor allem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu unterstützen. Die Stärkung einer wettbewerbsfähigen und innovativen Wirtschaft spielt im Zuge der ökonomischen Erholung von der Corona-Pandemie und im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft eine entscheidende Rolle und steht damit in Einklang mit dem Motto der Ratspräsidentschaft „Europa wieder stark machen“. Zukunftstechnologien wie grüner Wasserstoff oder der Aufbau einer europäischen Dateninfrastruktur sind nur zwei Beispiele, die den Ausbau der digitalen und technologischen Souveränität Europas vorantreiben sollen. Als Lehre aus der Corona-Pandemie fordert Ratspräsident Michel – angelehnt an Emmanuel Macrons Begriff der „Strategischen Autonomie“ - die Sicherstellung einer europäischen *Offenen Strategischen Autonomie*. Unter diesem Schlagwort ist die angestrebte Widerstandsfähigkeit gegen-

über Versorgungsproblemen und eine geringere Abhängigkeit von externen Lieferanten zu verstehen. Die EU verfolgt damit das Ziel, ihre Interessen und Ziele auf internationaler Bühne erfolgreich durchzusetzen und in Zukunft unabhängig von äußeren Umständen handlungsfähig zu bleiben. Zur Bewältigung der Krise und als Teil einer europäischen Post-Corona-Wachstumsstrategie soll das beim letzten Ratgipfel (Juli 2020) beschlossene NextGenerationEU-Instrument (ausgestattet mit 750 Mrd. Euro) diese Transformationsprozesse durch Investitionen, Reformen und strategische Programme unterstützen.

Der europäische Binnenmarkt ist dabei der Ausgangspunkt der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde deutlich, was ein Europa ohne einen vollständig funktionierenden Binnenmarkt bedeutet. Die Corona-bedingten Störungen in den Produktions- und Lieferketten haben den europäischen Binnenmarkt im Frühjahr 2020 an seine Grenzen gebracht. Die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts und der Abbau von Hindernissen im Binnenmarkt werden prioritär behandelt und sind im Interesse aller Mitgliedsstaaten. Ein funktionierender Binnenmarkt mit einem modernen Wettbewerbsrecht ist einer der wichtigsten Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung. Damit europäische Unternehmen zu gleichen Wettbewerbsbedingungen mit Unternehmen aus Drittstaaten konkurrieren können, legte die Kommission im Juli 2020 das „Weißbuch zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten“ vor. Dieses sogenannte Level Playing Field-Instrument soll europäische Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen schützen.

Entwicklungen

Der Aktualität der außenpolitischen Themen geschuldet, wurde dieser Themenkomplex im Vorfeld weniger intensiv diskutiert. Dennoch bereitete sich Charles Michel auf eine mögliche Diskussion zum Thema *Strategische Autonomie* vor. Dies war in seinen öffentlichen Auftritten kurz vor dem Gipfel erkennbar. In der Rede am 25. September vor den Vereinten Nationen sprach er deutlich von einer „freien und offenen Wirtschaft“ und betonte, dass es hierbei nicht um Protektionismus gehe. Der europäische Markt ist für jeden offen, der faire Wettbewerbsbedingungen und Reziprozität respektiert. Neben einigen Nicht-EU-Staaten setzen auch einige Mitgliedsstaaten den Begriff *Strategische Autonomie* mit Protektionismus gleich. Das Thema sorgte insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie in den letzten Monaten für Gesprächsstoff zwischen den Mitgliedsstaaten. Die liberaleren Mitgliedsstaaten wie die Skandinavien, die Niederlande, Irland und auch die Balti-

schen Staaten sehen das Ziel der *Strategischen Autonomie* als eine Abkehr von offenen Märkten. „Ganz im Gegenteil“, sagte Michel bei einer Veranstaltung beim Think Tank Bruegel diese Woche und wies mit einem Plädoyer für die *Strategische Autonomie* die wiederholten Vorwürfe wirtschaftlicher Abschottung von sich.

In der Schlussfolgerung heißt es nun „Ein zentrales Ziel der Union besteht darin, strategische Autonomie zu erreichen und zugleich eine offene Wirtschaft zu bewahren“. Der Rat betont erneut, dass die „sich gegenseitig verstärkenden Säulen“ – der digitale und grüne Wandel – eine zentrale Rolle in der europäischen Binnenmarkts- und Industriepolitik spielen und Wachstum und Resilienz der EU fördern. Die Kommission wird außerdem aufgefordert, strategische Abhängigkeiten in bestimmten Industriezweigen, die während der Corona-Krise zum Teil zu dramatischen Lieferengpässen führten, zu ermitteln, welche dann in einem nächsten Schritt verringert werden sollen.

Darüber hinaus war die Vollendung eines echten digitalen Binnenmarkts ein zentrales Thema des zweiten Ratsgipfeltages. Es sind sich alle einig, dass ein digitaler Binnenmarkt bessere und effizientere Datennutzung, höhere Produktivität, wettbewerbsorientierte Märkte und technologische Souveränität hervorbringen wird. Der Rat fordert die Kommission daher auf, einen „Digital-Kompass“ vorzulegen, der die digitalen Ziele für 2030 darlegt. Zudem wurde noch einmal betont, dass mindestens 20 Prozent aus der Aufbau- und Resilienzfazilität für ein digitales Europa zur Verfügung gestellt wird. Hierbei handelt es sich um Investitionen im Bereich digitale Technologien wie zum Beispiel vertrauenswürdige und ethisch vertretbare künstliche Intelligenz, Schutz vor Cyberbedrohungen sowie der Aufbau von digitalen Infrastrukturen und Kapazitäten für Bildungssysteme.

Die Europäische Datenstrategie zum Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft sowie ein Konzept einer Cloud-Infrastruktur der EU, um die Speicherung und Verarbeitung europäischer Daten zu sichern, wurde ebenfalls von den Staats- und Regierungschef begrüßt, wie aus der Schlussfolgerung des Sondergipfels hervorgeht. Des Weiteren wurde nochmals auf die Einreichung nationaler Pläne für die Einführung von 5G hingewiesen. Als letzter Punkt wurde die Aufforderung an die Kommission, bis Mitte 2021 einen Rechtsrahmen für ein einheitliches System zur elektronischen Identifizierung zu entwickeln, genannt.

Kommentar

Neben den außenpolitischen Themen fanden die Themen Binnenmarkt, Industriepolitik und die Digitalisierung vergleichsweise wenig Beachtung. Trotz des eindringlichen Bekenntnisses zu einem funktionierenden Binnenmarkt, wurde der erhoffte Durchbruch beim Thema Vereinheitlichung der Reisbeschränkungen nicht erreicht. Europäische Unternehmen sind durch die verschiedenen, häufig kurzfristigen nationalen Corona-bedingten Regelungen einem wirtschaftlichen Risiko ausgesetzt. Angela Merkel sprach sich nach dem Gipfel ebenfalls für eine bessere Koordinierung aus: „Je besser wir uns koordinieren, umso besser ist es für die Menschen in Europa“, so die Bundeskanzlerin. Einheitliche Regelungen wurden am Ende des Tages jedoch von zu unterschiedlichen Sichtweisen der Mitgliedsstaaten verhindert.

Große Einigkeit gab es dagegen beim Thema Digitales. „Europa muss eindeutig digitaler werden“, sagte Ursula von der Leyen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen von einer Beschleunigung der Digitalisierung und begrüßten die Kommissionsvorschläge im Bereich digitale Infrastruktur, europäische Datenräume und Künstliche Intelligenz. Im März 2021 wird sich der Rat erneut mit diesen Themen befassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry

Leiter

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)